

- (A) Die Bundesregierung weiß, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, und sie hat auch das Ziel der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapitalfinanzierungen nicht aus den Augen verloren.

Eine seriöse Politik setzt jedoch voraus, dass konkreten Beschlüssen zur Umsetzung eines als richtig erkannten Ziels eine sorgfältige Vorbereitung vorausgeht. Dies erfordert unter anderem eine gründliche Prüfung, welche Maßnahmen zur Erreichung einer Zielsetzung in Betracht kommen. Deshalb haben wir uns die Zeit genommen, den konkreten Handlungsbedarf und Handlungsoptionen zunächst zu analysieren.

Hinzu kommt in diesem Fall die Notwendigkeit, die Dinge schlicht in der logisch richtigen Reihenfolge zu tun und in einem Zusammenhang zu sehen. Das heißt, auch wenn man bestimmte steuergesetzliche Regelungen zu Wagniskapitalfinanzierungen für notwendig hält, müssen diese Maßnahmen in ein steuerpolitisches Gesamtkonzept passen. Konkret bedeutet das: Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen selbstverständlich auch mit der Unternehmensteuerreform korrespondieren. Das eine muss auf das andere abgestimmt sein.

Derzeit werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für die deutschen Unternehmen allgemein verbessert. Diese Verbesserungen müssen natürlich berücksichtigt werden, wenn es um Antworten auf die Frage geht, welche weiteren Maßnahmen im Bereich der Wagniskapitalfinanzierungen darüber hinaus noch erforderlich sind. Zugleich ist natürlich auch zu beachten, welche finanziellen Spielräume noch zur Verfügung stehen.

- (B) Eine übereilte Beschlussfassung über beliebige steuerliche Entlastungen, ohne näher zu prüfen, wem sie nutzen und was sie bewirken, ist hingegen reiner Aktionismus. Nichts anderes; meine Damen und Herren Kollegen, ist dieser Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auf die vage Vorstellung hin, für eine bestimmte Branche etwas Gutes tun zu wollen, sollen beliebig alle steuerlichen Regelungen geändert werden, von der diese Branche betroffen sein könnte: Abschaffung der Mindestgewinnbesteuerung, Verbesserung der Verlustvortragmöglichkeiten, Ausnahmetatbestände bei der Abgeltungsteuer, Vermeidung der Besteuerung auf der Fondsebene und großzügige Entlastung des Managements durch weitere steuerliche Begünstigung des Carried Interest.

Das ist nichts anderes als ein beliebiges Drehen an sämtlichen erreichbaren steuerlichen Stellschrauben, bei dem nur ein Erfolg garantiert ist: gigantische Steuermindereinnahmen.

Wichtig ist, gezielt dort anzusetzen, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Der deutsche Beteiligungsmarkt hat sich seit Beginn der 90er-Jahre rasant entwickelt. Das Gesamtportfolio der im Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften zusammengeschlossenen Unternehmen stieg von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 1990 auf 23 Milliarden Euro im Jahr 2006. Zum Jahresende 2006 hielten die in Deutschland erfassten Beteiligungskapitalgeber Beteiligungen an rund 6 000 Unternehmen. Die Buy-Out-Investitionen, also

- (C) Eigentümerwechsel bei bestehenden Unternehmen durch ein internes oder externes Management, bilden mit fast 72 Prozent das dominierende Marktsegment und legten an Volumen sogar noch weiter zu.

Anders sieht es jedoch bei den Wagniskapitalinvestitionen aus. Diese betragen im Jahr 2006 nur rund 1 Milliarde Euro mit fallender Tendenz. Gerade die jungen, technologieorientierten Unternehmen des deutschen Mittelstands, die ein besonders großes Wachstumspotenzial aufweisen und zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffen, haben Probleme, Kapitalgeber zu finden. Im abgegrenzten Bereich des Wagniskapitals ist somit ein Versagen des Marktes feststellbar. Im Spannungsfeld zwischen hohem Kapitalbedarf auf der einen und hohem Risikopotenzial auf der anderen Seite können Wagniskapitalgeber die entscheidende Rolle spielen.

Das Bundesministerium der Finanzen erarbeitet derzeit ein Gesetz, das zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, mit dem gerade die Bereitstellung von privatem Wagniskapital für junge – insbesondere technologieorientierte – Unternehmen erleichtert werden soll. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, bedarf es einer angemessenen Ausgestaltung der Anlagevorschriften und der steuerlichen Regelungen. Anlagevorschriften sollten lediglich einen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen Wagniskapitalgesellschaften flexibel agieren können.

- (D) Zugleich gilt es aber auch, potenziell negative Auswirkungen von Beteiligungskapital nicht aus dem Auge zu verlieren. Beteiligungskapital, das zu Effizienzverbesserungen und Wachstumseffekten führt, ist positiv zu bewerten. Eine Auszehrung gesunder Unternehmen, die die langfristige Lebensfähigkeit von Portfoliounternehmen und Arbeitsplätze gefährdet, ist hingegen gesamtwirtschaftlich unerwünscht. Vor diesem Hintergrund befasst sich das Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der Erarbeitung eines Wagniskapitalbeteiligungsgesetzes auch mit der Frage, mit welchen Maßnahmen negativen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann.

Allzu einseitig ausgerichtete Vorschläge helfen uns nicht weiter; hierzu zähle ich auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anlage 14

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Für solidarische Assoziierungsabkommen der EU mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Andengemeinschaft (Tagesordnungspunkt 23)

Anette Hübinger (CDU/CSU): In der vergangenen Woche fanden verschiedene Treffen zwischen Ministern der Andenstaaten und den zentralamerikanischen Staaten einerseits und der EU-Kommission andererseits statt, an der von deutscher Seite Außenminister Steinmeier

(A) teilnahm. Auf diesem Treffen hat die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Frau Ferrero-Waldner, ein für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgesehenes Hilfspaket für Lateinamerika mit einem Gesamtvolumen von über 2,6 Milliarden Euro angekündigt. Für die Andenregion sind 713 Millionen Euro vorgesehen; die zentralamerikanischen Staaten sollen 840 Millionen Euro der Finanzhilfe erhalten.

Der Grund für diese Ankündigung war die vor knapp einem Jahr auf dem Wiener Gipfel gemeinsam bekundete Absicht, die bilateralen Beziehungen beider Regionen Lateinamerikas und der EU weiter zu vertiefen. Dabei wurde gegenseitig der Wunsch geäußert, baldmöglichst mit den Aushandlungen von bilateralen Assoziierungsabkommen zu beginnen, die einen verstärkten politischen Dialog, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Handelsbeziehungen miteinander neu gestalten sollen. Diese Verhandlungen sollen demnächst aufgenommen werden.

Die angekündigte finanzielle Hilfe der EU-Kommission sollen die Anstrengungen der lateinamerikanischen Verhandlungspartner bereits im Vorfeld der neuen Abkommen unterstützen. Denn sie stehen vor der doppelten Herausforderung, die regionale Integration einerseits und den sozialen Zusammenhalt andererseits voranzubringen. Die Hilfe wird den Aufbau der regionalen Märkte fördern, Investitionen erleichtern und die vielerorts immer noch dringend benötigten institutionellen Reformen beschleunigen.

(B) Die EU-Kommission wie auch die Partnerländer der Anden- und der zentralamerikanischen Länder sind sich einig, dass die Assoziierungsabkommen auf der Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und des verantwortlichen Regierens gründen und eine gegenseitige Verpflichtung zum Eintreten für diese gemeinsamen Wertvorstellungen in aller Welt sein werden. Darüber hinaus werden sie Rahmenbedingungen für die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und den beiden Regionen beinhalten und so den Handel innerhalb der Region als auch zwischen den Regionen fördern.

Die Wirtschaftskraft der einzelnen Länder in diesen beiden Regionen ist zum Teil sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Assoziierungsabkommen werden sensibel die bestehenden Unterschiede und die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Regionen berücksichtigen. Je nach Verlauf des jeweiligen Integrationsprozesses ist eine differenzierte und flexible Behandlung vorgesehen, um Asymmetrien abzufedern und Wettbewerbschancen aufzubauen. Diese schrittweise Integration, ähnlich den derzeit laufenden Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, wird es den sich noch entwickelnden Industrien ermöglichen, wirtschaftliche Entwicklung und Handel schrittweise dem globalen Wettbewerb anzupassen.

Ihr Antrag unterstreicht wieder einmal deutlich, dass Sie, meine Damen und Herren der Fraktion Die Linke, eine Politik verfolgen, die Wirtschaftspolitik, freien Handel und Wettbewerb unterbindet. Dagegen entspricht die Initiative „Alternativa Bolivariana para America

Latina y Caribe“ – der ALBA-Vertrag, eine Kooperation zwischen Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua – ganz Ihren sozialistischen Vorstellungen. (C)

Das Prinzip der ALBA-Kooperation basiert auf Komplementarität und Austausch statt auf Wettbewerb und freiem Handel. So beinhaltet zum Beispiel das erste Abkommen der ALBA zwischen Venezuela und Kuba die Lieferung von Erdöl an Kuba, das durch die Entsendung von kubanischen Ärzten nach Venezuela bezahlt wurde. Der ALBA-Vertrag ist eine Kooperation von souveränen Staaten. Die angekündigten Assoziationsabkommen zwischen den Andenstaaten und Zentralamerika werden weder diese Kooperation gefährden oder ihr entgegenwirken, wie Sie es in ihrem Antrag behaupten.

Meine Damen und Herrn der Linken, Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die wichtigsten Exportmärkte der ALBA-Staaten außerhalb der ALBA liegen. Schon allein aus diesem Grund, ohne die stark ausgeprägt ideologische Komponente dieser Kooperation näher zu betrachten, ist es sehr fraglich, die ALBA-Kooperation als eine Alternative wirtschaftlicher Zusammenarbeit von Staaten zu bezeichnen. Denn der Weltmarkt setzt eben nicht auf Komplementarität und Austausch. Nicht nur wir als CDU/CSU-Fraktion stehen dieser Art von Zusammenarbeit sehr kritisch gegenüber, auch viele Länder in Lateinamerika distanzieren sich von dieser Kooperation.

Damit wäre ich auch schon bei einem weiteren Punkt, der mir in diesem Antrag wie auch in anderen Anträgen Ihrer Fraktion immer wieder auffällt. Für Sie scheint Lateinamerika nur aus Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua zu bestehen. Diese Länder ziehen Sie immer wieder heran, um ihr sozialistisches Ideengut zu verteidigen und die Entwicklungen in diesen Ländern als die mustergültige lateinamerikanische Antwort zu preisen. (D)

Sie verschließen die Augen vor dem zunehmenden Abbau von demokratischen Strukturen, vor dem Ansteigen der Menschenrechtsverletzungen und vor den fortbestehenden sozialen Missständen in diesen Ländern. Eben dort verschärfen sich momentan die politischen Konflikte zwischen den Regierungen und der Opposition, zwischen den Verfassungsinstitutionen und zwischen den sozialen Gruppen.

Lassen Sie es mich an einigen Beispielen verdeutlichen. Der venezolanische Präsident trat am 10. Januar dieses Jahres eine neue Amtszeit als Präsident an. Sie steht unter dem Motto „Vertiefung, Erweiterung und Ausbau der Revolution auf dem venezolanischen Weg zum Sozialismus“. Chavez bemüht sich derzeit, die Verfassung zu ändern, um so erneut 2013 kandidieren zu können. Mittels eines Ermächtigungsgesetzes gab er sich die Befugnis, nun per Dekret am Parlament vorbei zu regieren.

Allein im Jahr 2005 hat Chavez rund 36 Prozent des venezolanischen Haushaltes – rund 20 Milliarden Dollar – für Investitionen und Schenkungen im Ausland bestimmt. Der bolivianische Präsident Morales erhält nach seiner gewonnenen Wahl einen Scheck über 30 Millionen Dollar, oder venezolanische Soldaten werden nach Kuba

- (A) geschickt, um dort Häuser zu bauen. Im eigenen Land weisen seine Versprechungen im sozialen Bereich, für deren Sozialprogramme er 10 Prozent des Haushaltes verwendet, nur spärlichen Erfolg auf.

Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ein Gutteil der Gelder für die Bezahlung von 50 000 kubanischen Arbeitskräften aufgewendet wurden, wenngleich die eigene Bevölkerung unter der hohen Arbeitslosigkeit leidet. 80 Prozent der Familien haben Schwierigkeiten, ihren Grundbedarf von 690 US-Dollar im Monat zu verdienen. Denn der durchschnittlich gezahlte Monatslohn liegt bei 170 US-Dollar. Die Sozialleistungen des Staates von 93 US-Dollar können die Armut der Familien kaum verringern. Genauso wenig wurde die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessert, und der Standard in den öffentlichen Krankenhäusern oder die Qualität der Schulbildung zeigen keinerlei Fortschritte auf. Der Bruder des Präsidenten, der als Bildungsminister agiert, verkündete kürzlich: „Bildung hat die Aufgabe, Jugendliche zu ideologisieren.“

Während sich andere Ländern der Region bemühen, das Militär zu professionalisieren, wird es in Venezuela immer stärker politisiert und um Volksmilizen erweitert. Chavez verlangte in einer öffentlichen Kundgebung von seinem Militär, sich zu „Vaterland, Sozialismus oder Tod“ zu bekennen, Andersdenkende sollten aus der Armee ausscheiden.

- (B) In Bolivien sind ähnliche politische Entwicklungen zu beobachten. Erst im Januar dieses Jahres musste Morales dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben und seinen Erziehungsminister entlassen. Dieser wollte die Vereinheitlichung des Bildungssystems durchsetzen und private Bildungseinrichtungen verbieten. Bürgerkriegsähnliche Unruhen folgten jüngsten Vorfällen in der verfassunggebenden Versammlung, als bei Abwesenheit der Oppositionsfractionen die Regierungspartei MAS kurzerhand Verfassungsänderungen beschloss. Auch mündeten Konfrontationen zwischen den Anhängern Morales' und den oppositionellen Präfekten immer wieder in Streiks, Straßenblockaden und gewaltsamen Ausschreitungen, die Morales mithilfe des Militärs aufzulösen versucht. In Kuba finden bis heute keine freien demokratischen Wahlen statt und stehen Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren der Fraktion Die Linke, Sie loben die Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern und bezeichnen Chavez und Morales als die Vorzeigekämpfer gegen Ungerechtigkeit und Armut in Lateinamerika. Das ist ein Hohn gegenüber den lateinamerikanischen Ländern, die um eine soziale Gerechtigkeit ringen, ohne Menschenrechtsverletzungen und ohne bürgerliche Freiheiten und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen einzuschränken.

Deshalb werden wir Good Governance gerade auch in den Ländern, wo der institutionelle Demokratisierungsprozess zu hinken scheint, im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit intensivieren und den Dialog über die Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortsetzen.

- (C) Die Andenstaaten und die zentralamerikanischen Staaten wollen ihre freie demokratische Entwicklung fortsetzen, die es Ihnen ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Potenziale zu entwickeln unter der Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Deren Anstrengungen respektieren wir und werden sie dabei weiterhin unterstützen.

Die Verhandlungen zu den Assoziationsabkommen zwischen der EU und den Andenstaaten werden voraussichtlich Ende Mai in La Paz aufgenommen werden. Die zentralamerikanischen Staaten sind momentan bemüht, weitere Fortschritte bei den institutionellen Reformen und der Gründung einer Zollunion zu vollziehen, um so auch baldmöglichst die Verhandlungen mit der EU zu beginnen.

Ich betone, wie schon öfters, die schrittweise Integration von Entwicklungsländern in die globalen Handelsmärkte ist ein Schlüsselement für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für die Armutsbekämpfung. Das, sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion der Linken, verkennen, bestreiten und ignorieren Sie wieder einmal durch Ihren Antrag.

Es bleibt leider der Eindruck nicht aus, dass es doch bei all Ihren Anträgen nur darum geht, für Ihre hier in Europa gescheiterten sozialistischen Ideologien in anderen Teilen der Welt neuen Nährboden zu finden. Es ist mehr als bedauerlich, dass Sie es offensichtlich nicht vermögen, aus den bitterlich gemachten Erfahrungen, die Menschen 40 Jahre lang in einem Teil unseres Landes erleiden mussten, zu lernen.

- (D) Wir als CDU/CSU-Fraktion begrüßen es ausdrücklich, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas durch neue Assoziationsabkommen endlich wieder einen neuen Aufschwung erhält. Ich kann mich hier der Meinung der EU-Kommission anschließen, die unser Verhältnis zu Lateinamerika so formulierte: „Die Verbindungen zu Lateinamerika sind nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine zwingende Notwendigkeit.“

Den Antrag der Fraktion Die Linke lehnt die CDU/CSU-Fraktion ab.

Dr. Sascha Raabe (SPD): Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate bereiste unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier kürzlich Mittel- und Südamerika. Nur wenige Wochen vorher besuchte unser Bundespräsident Horst Köhler drei Länder Lateinamerikas: Brasilien, Kolumbien und Paraguay. Obwohl derzeit im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und dem Vorsitz der G-8-Gruppe der Kontinent Afrika in aller Munde ist, zeigen diese Reisen: Lateinamerika rückt für uns nicht in den Hintergrund. Ich selbst war vor einer Woche in Zentralamerika. Dort habe ich unter anderem an einer mehrtägigen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika“ teilgenommen. Ich hatte die hervorragende Gelegenheit, mich direkt vor Ort mit zentralamerikanischen Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft ausführlich über das Thema

- (A) auszutauschen. Die Gesprächsteilnehmer teilten mir ihre Sorgen sowie ihre an die Verhandlungen geknüpften Erwartungen mit.

Vor allem eines lernte ich aus den vielfältigen Gesprächen: Die Bürgerinnen und Bürger Zentralamerikas suchen den Kontakt zu uns Europäern und freuen sich über eine noch engere künftige Zusammenarbeit. Insbesondere Deutschland genießt große Sympathie und es wird uns ein hohes Vertrauen entgegengebracht. Deshalb setzen die Menschen in Lateinamerika Hoffnung in unseren Beitrag zu einer fairen und gerechten Ausgestaltung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika. In Costa Rica herrscht zurzeit in weiten Teilen der Bevölkerung großer Unmut über das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, CAFTA, das vom Parlament noch nicht ratifiziert wurde. Jetzt soll ein Referendum darüber entscheiden. Kritikpunkt ist vor allem die Befürchtung, dass ein reines Freihandelsabkommen mit dem mächtigen Partner USA zu ähnlichen Verwerfungen im ländlichen Raum führen könnte wie beim Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und den USA, NAFTA. Hier wurde der traditionelle Maisanbau Mexikos durch den Wegfall der Schutzzölle und die Überflutung mit hochsubventioniertem US-Mais zerstört und somit die Einnahmequelle vieler Kleinbauern vernichtet. Deshalb müssen wir in den laufenden Verhandlungen beweisen, dass es uns nicht nur um Freihandelsfragen geht, sondern in erster Linie um eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der ärmsten Menschen. Ein wichtiger Aspekt wird dabei sein, die nötige Transparenz bei den Verhandlungen zu bieten. Genauso wichtig ist es, den Parlamentariern in Zentralamerika ein Mitwirkungsrecht bei den Gesprächen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang möchte ich die Friedrich-Ebert-Stiftung ausdrücklich loben, die in der oben genannten Konferenz in Costa Rica eines der wenigen Foren für Parlamentarier und Vertreter der Zivilgesellschaft geschaffen hat, um über das aktuelle Thema zu diskutieren.

(B)

Ich möchte an dieser Stelle den zur Debatte vorliegenden Antrag der Linken aufgreifen. Denn einige Forderungen wie diejenige nach möglichst großer Transparenz können wir durchaus teilen. Sie ist allerdings in dem Grundgerüst der Verhandlungsrichtlinien bereits vorgesehen, das aus drei gleichgewichtigen Säulen besteht: dem politischen Dialog, dem Handelsteil sowie der Entwicklungszusammenarbeit. Eines der Hauptziele des Abkommens ist es, die Armut zu bekämpfen und die Einkommensungleichheiten zu reduzieren.

Während viele Forderungen des hier zur Debatte stehenden Antrags bereits im Verhandlungsmandat enthalten sind, trifft der Vorwurf der Linksfraktion, dass die Assoziierungsverhandlungen die eigenen zentralamerikanischen Integrationsbemühungen vor Ort behindern würden, schlichtweg nicht zu. Im Gegenteil: Die EU fordert die zentralamerikanischen Staaten auf, ihre Integrationsbemühungen – unter anderem auf Grundlage des Panama-Abkommens – schneller und effektiver voranzubringen. Die EU betont auch stets, dass sie „im Block“ verhandeln möchte. Und es ist gerade die Europäische Union, die den lateinamerikanischen Staaten bei ihren Integrationsbestrebungen als Vorbild dient. Gerade das

europäische Sozialmodell mit seinen hohen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und das Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft wird im Gegensatz zum reinen Marktwirtschaftssystem der USA von der Mehrheit der lateinamerikanischen Menschen bevorzugt. (C)

Einen wichtigen integrativen Beitrag in der Region Zentralamerikas wie auch innerhalb der Andengemeinschaft leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist an den Assoziierungsverhandlungen mitbeteiligt und wird die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Ergebnisse stets im Auge behalten. So wirkte das BMZ von Anfang an darauf hin, dass sich die Verhandlungen nicht allein auf ein Freihandelsabkommen beschränken. Ebenso besteht das Entwicklungsministerium darauf, dass keine Reziprozität der ungleichen Partner eingefordert. Im Aufbau befindliche Industriezweige müssen ebenso wie einige für die Ernährungssicherheit wichtige landwirtschaftliche Sektoren geschützt bleiben können; im letzteren Fall insbesondere, solange in Europa noch so hohe Agrarsubventionen fließen.

Auch die von der EU geleistete Entwicklungspolitik in der Region ist beträchtlich. Die EU ist der größte Geber nicht rückzahlbarer finanzieller Hilfe in Zentralamerika. Für den Zeitraum 2002 bis 2006 sind mehr als 563,2 Millionen Euro in die zentralamerikanische Region geflossen. Hinzu kamen 300 Millionen Euro für Hilfsmaßnahmen nach den Katastrophen des Hurrikans „Mitch“ und des Erdbebens in El Salvador.

Entwicklungszusammenarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie in Kohärenz mit den Handelsbedingungen erfolgt. Deshalb werden wir uns in dem Assoziierungsabkommen dafür einsetzen, dass in dem für viele zentralamerikanischen Staaten wichtigen Agrarsektor ein quoten- und zollfreier Zugang auch für weiterverarbeitete Produkte in die EU möglich wird. Gleichzeitig müssen wir nicht nur unsere Agrarexportsubventionen, sondern alle handelsverzerrenden internen Stützungen schnellstmöglich abschaffen. Letztlich ist die Lösung der Agrarfrage auch die Voraussetzung für einen Durchbruch bei der festgefahrenen Welthandelsrunde. Ein erfolgreicher Abschluss liegt auch im Interesse der deutschen Exportwirtschaft. (D)

Ebenso werden wir auf die Verankerung von Kernarbeitsnormen, Umwelt- und Sozialstandards achten. Denn die von einem Wirtschaftsabkommen zu erwartenden Gewinne dürfen nicht nur den Unternehmen, sondern müssen vor allem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen.

Mein Besuch in Zentralamerika hat es mir ermöglicht, nicht nur tiefe Einblicke in die komplizierte Verhandlungsmaterie zu gewinnen, sondern insbesondere auch mit den Menschen vor Ort zu reden und ihre Sorgen und Erwartungen aufzunehmen. Mit dieser Botschaft komme ich nach Europa zurück. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Verhandlungen über die Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft erfolgreich im Interesse aller Beteiligten und vor allem zum Wohle der ärmsten Menschen abgeschlossen werden.

(A) **Dr. Karl Addicks (FDP):** Nachdem der Wiener EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 ohne nennenswerte Ergebnisse geblieben ist, wurde es wieder still um die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen. Vergeblich bemüht sich die Europäische Union um die Abschlüsse von Assoziierungsabkommen mit den regionalen Bündnissen in Lateinamerika. Ob nun mit dem Mercosur, der Andengemeinschaft oder Zentralamerik, wirkliche Ergebnisse sind nicht zu vermelden. Ein Grund sind die geschwächten lateinamerikanischen Regionalbündnisse, die ein Abschließen der Verhandlungen nicht ermöglichen. Ich denke da nur an Venezuela, wo Hugo Chávez mit aller Macht versucht, seine linken populistischen Parolen auf ganz Lateinamerika auszudehnen. Diesen Entwicklungen muss mit den entsprechenden Konzepten entgegen gewirkt werden.

Angesichts dieser desintegrierenden Entwicklungen in Südamerika ist die EU gut beraten, in der Lateinamerikapolitik umzusteuern. Das bedeutet, dass die EU mit Mercosur, Andengemeinschaft und Zentralamerika ruhig verhandeln sollte. Aber gleichzeitig sollte sie weitere bilaterale Assoziierungsabkommen anstreben. Schließlich hat die EU bereits in der Vergangenheit bilaterale Handelsabkommen mit den Einzelstaaten Mexiko und Chile erfolgreich abgeschlossen. Gerade vor dem Hintergrund der chinesischen Bestrebungen in Lateinamerika kann es sich die Europäische Union nicht leisten, den Anschluss beim politischen Dialog mit Lateinamerika zu verlieren. Die EU muss also auf drei Ebenen verhandeln: weiterhin versuchen, zu einem Abschluss der Doha-Verhandlungen zu kommen, Assoziierungsabkommen mit den lateinamerikanischen Regionalbündnissen abzuschließen und drittens die bilateralen Assoziierungsabkommen anzustreben.

Grundsätzlich halten wir es schon für aussichtsreich, mit regionalen Staatenbündnissen Handelspolitik zu betreiben. Aber wenn das nicht geht, dann heißt es: besser bilaterale Abschlüsse als gar keine! Unser Standpunkt ist, dass Handelsliberalisierungen und Freihandelsabkommen als Chance für Lateinamerika gesehen werden müssen. Der derzeitige Linksruck in Lateinamerika ist der Weg zurück in Chaos und Verstaatlichung. Chávez ist ein Unglück für sein Land, und für seine Andenpartner in Bolivien und Ecuador gilt das Gleiche! An Venezuela kann man aber auch sehen, dass Wahlboykott das Dummste ist, was eine Opposition tun kann. Chávez sitzt inzwischen völlig allein und unkontrolliert an den Schalthebeln der Macht. Und die Linke – unbelehrbar und erfahrungsresistent – unterstützt diesen Weg in die Diktatur!

Anders als die Fraktion Die Linke es immer behauptet, hat nicht nur die Europäische Union ein Interesse an einer starken und vielfältigen Zusammenarbeit. Auch Lateinamerika und die Karibikstaaten streben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Europa an. Auch von deutscher Seite wird Lateinamerika wieder verstärkt beachtet. Die Reisen von Bundespräsident Köhler und jüngst vom Bundesaußenminister Steinmeier zeigen dies.

Die EU und Lateinamerika teilen, mit Ausnahme von Kuba, gemeinsame westliche Werte wie Menschen-

rechte, gemeinsame kulturelle Wurzeln und demokratische Grundsätze. Das will die Fraktion Die Linke nur nicht wahrhaben. (C)

Außer der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung wollen wir mit einer strategischen Partnerschaft vor allem auch diese gemeinsamen Werte, Demokratie, Freiheit, Bildung und Kultur, entwickeln helfen, damit Lateinamerika auch in Zukunft ein lebenswerter Raum für alle Menschen wird und bleibt!

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Europäische Union bei weitem der größte Zähler von finanzieller und technischer Hilfe in Lateinamerika ist. Seit 1996 wurden im jährlichen Durchschnitt circa 500 Millionen Euro an Entwicklungszusammenarbeit von der EU an Lateinamerika zugesagt, nicht eingerechnet die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus erhalten die karibischen Staaten im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds zusätzliche Unterstützung.

Wir Liberale sehen in der EU einen wichtigen Partner für Lateinamerika. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Die EU ist nach den USA der wichtigste Handelspartner Lateinamerikas. Den nationalistischen und populistischen Forderungen einzelner südamerikanischer Regierungen, die eine Destabilisierung der lateinamerikanischen Regionalbündnisse erreichen wollen, muss eine klare Absage erteilt werden. Und auch dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der Linken erteilen wir eine klare Absage. Was sie in ihrem Antrag fordern, wäre ein schlimmer Rückschritt in den europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen. Dem können und wollen wir Liberale nicht zustimmen. (D)

Heike Hänsel (DIE LINKE): Außenminister Steinmeier zeigte sich nach seiner jüngsten Lateinamerikareise enttäuscht über die eigensinnige Haltung der lateinamerikanischen Regierungen: Die Freihandelsabkommen, die die EU mit mehreren lateinamerikanischen Staatengruppen abschließen will, kämen nicht von der Stelle, klagte er; Regierungen wie die Venezuelas oder Boliviens störten das Vorankommen. Steinmeiers Problem: Die lateinamerikanischen Regierungen beginnen – gestützt auf die sozialen Bewegungen in ihren Ländern – eigene politische Vorstellungen zu formulieren, auch in ihren Außenwirtschaftsbeziehungen. Das waren unsere Regierungen bislang nicht von ihnen gewohnt.

Die bolivianische Regierung beispielsweise hat bereits im Juli 2006 ihre Vorstellungen von Handelsbeziehungen mit der EU in einem 17-Punkte-Papier zusammengefasst. Wenn ich mir jetzt die Verhandlungsmandate anschau, mit denen der Rat für Außenbeziehungen der EU am vergangenen Montag die EU-Kommission für die anstehenden Assoziierungsverhandlungen ausgestattet hat, muss ich feststellen: Eine Rücksichtnahme auf die Haltung der bolivianischen Partner ist nicht zu erkennen. Die EU geht mit einer klaren neoliberalen Agenda in die Verhandlungen mit den Anden- und den zentralamerikanischen Staaten. Sie will – wie auch in Verhandlungen mit anderen Staatengruppen des Südens – das durchsetzen, womit sie in der

- (A) Welthandelsorganisation bislang nicht durchkam: Harmonisierung des Wettbewerbsrechts, Investitionsschutzabkommen, Öffnung der Beschaffungsmärkte der öffentlichen Hand – die berühmten „Singapurthemen“, deren Aufnahme auf die Verhandlungsagenda der Welthandelsorganisation durch die Entwicklungs- und Schwellenländer verhindert werden konnte.

Wenn sich die EU in diesen Punkten durchsetzt, würden die politischen Handlungsspielräume der lateinamerikanischen Regierungen massiv eingeschränkt, staatliche Strukturpolitik würde erschwert, demokratische Entscheidungen zur Ausgestaltung der Daseinsvorsorge und der Versorgungsmärkte würden zugunsten des uneingeschränkten Marktzugangs für europäische Konzerne untergraben.

Ich frage deshalb: Wer zeigt mangelhaften Kooperationswillen – diejenigen, die in Lateinamerika solidarische, gleichberechtigte und entwicklungsförderliche Beziehungen zu Europa einfordern, oder diejenigen in der EU, die an neoliberalen Freihandelsdiktaten festhalten? Steinmeier und EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner hatten im Vorfeld der Ratsentscheidung in Lateinamerika heftig für die Freihandelsabkommen geworben. Dort mussten sie feststellen, dass die Europäische Union in Lateinamerika längst nicht mehr als die freundliche Alternative zum Hegemonialstreben der USA wahrgenommen wird. Die Menschen in Lateinamerika haben genug von den neoliberalen Wirtschafts- und Handelsrezepten aus dem Norden, die vor allem den Konzernen des Nordens helfen und in Lateinamerika soziale und wirtschaftliche Flurschäden hinterlassen.

- (B) Neue, alternative und vor allem solidarische Wege wirtschaftlicher Kooperation werden in Lateinamerika nicht nur ohne die USA, sondern auch ohne die EU ausprobiert bzw. müssen gegen die USA und leider auch gegen die EU verteidigt werden. Interessant ist, wie Außenminister Steinmeier und die Regierungsfractionen diese regionalen Integrationsbestrebungen bewerten, nämlich in erster Linie als Störung der EU-Politik. Wir fordern dagegen, die regionale Integration nicht als Störung, sondern als Chance für Lateinamerika zu begreifen und unsere Politik gegenüber Lateinamerika so zu gestalten, dass sie diese Bestrebungen unterstützt und nicht behindert.

Handel muss nicht auf Wettbewerb und Verdrängung basieren. Im Abkommen ALBA – Bolivarianische Alternative für Amerika – wird vielmehr versucht, einen komplementären, am Bedarf der Partner orientierten Austausch und konkrete Maßnahmen solidarischer Hilfe zu organisieren. Davon profitieren viele Menschen bereits jetzt sehr konkret. Immer mehr Länder schließen sich der Initiative an. Das zeigt: Ein anderer Handel ist möglich! Deshalb fordern wir von der EU, Maßstäbe für solidarische Handelsabkommen zu entwickeln.

Wir haben dazu in unserem Antrag ganz konkrete Vorschläge gemacht und dabei Forderungen sozialer Bewegungen und linker Regierungen aufgegriffen: Die Verhandlungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft bzw. den zentralamerikanischen Staaten müssen auf gleicher Augenhöhe und mit dem Ziel einer verstärk-

- (C) ten Entwicklungspartnerschaft geführt werden. Sie müssen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Parlamente geöffnet werden. Sie müssen das Wohlstandsgefälle zwischen Europa und Lateinamerika berücksichtigen und sollten deshalb heterogen ausgestaltet werden. Die sogenannten Singapurthemen müssen von der Verhandlungsagenda genommen werden. Wir bestehen darauf: Soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards müssen Vorrang vor Konzerninteressen haben.

Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Fraktion geht bei allen Handelsverhandlungen, die sich vor allem an Entwicklungsländer richten – ob in der WTO, bei bilateralen oder biregionalen Abkommen – von der Maxime aus: Entwicklungsverträglichkeit first! In der Regel handelt es sich, wie auch bei den Abkommen mit den Andenländern und Zentralamerika, um Verhandlungen zwischen sehr ungleichen Partnern. Daraus folgt, dass die Prinzipien des „Special and Differential Treatments“ und einer nicht reziproken Marktöffnung respektiert werden müssen. Nur so wird dem unterschiedlichen Entwicklungsstand Rechnung getragen. Transparenz und zivilgesellschaftliche Begleitung der Verhandlungsprozesse müssen gewährleistet sein, genauso wie die Respektierung grundlegender internationaler Abkommen und Regeln. Ganz besonders relevant sind hier der Schutz der indigenen Völker – siehe die ILO-Konvention 169 –, bestehende Umweltabkommen und selbstverständlich auch die ILO-Kernarbeitsnormen.

- (D) Dieses vorausgeschickt, möchte ich auf unsere politischen Probleme im Antrag der Linken zu sprechen kommen. Diese Probleme ziehen sich durch alle Lateinamerikainitiativen der Linksfraction: Sie wollen den europäischen Aggressor in Lateinamerika bändigen. Die Realität ist jedoch eine ganz andere. In Wirklichkeit haben wir es mit einem stark abnehmenden Interesse Europas gegenüber Lateinamerika zu tun. Der ganze Rioprozess, der sich eine strategische Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika auf die Fahnen geschrieben hat, lahm vor sich hin. Auch beim EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen, das aufgrund seines ökonomischen Gewichtes noch am ehesten politische Zeichen hätte setzen können, geht nichts voran.

Sie argumentieren wie in allen Ihren vorherigen Anträgen defensiv: Sie igeln sich in der bolivarianischen Revolution ein, wo es doch eigentlich notwendig wäre, die strategischen Optionen der Andenländer und Zentralamerikas zu erweitern. Gerade weil diese Länder bisher so einseitig und stark auf die USA ausgerichtet sind, streben sie nach einer stärkeren Differenzierung in den Außenbeziehungen. Es gibt aber in Ihrem Antrag keinerlei konstruktiven Elemente für eine lebendige Zusammenarbeit zwischen Lateinamerika und Europa.

Aus der Sicht meiner Fraktion lohnt es sich sehr, in die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika zu investieren: Die jüngsten Wahlsiege in Lateinamerika bringen deutlich den Wunsch der Menschen nach sozialen Reformen und nach einer stärkeren Einbeziehung der bisher rechtlosen indigenen Bevölkerung zum Ausdruck.

- (A) Wir fordern die EU auf, die positive politische Konjunktur in Lateinamerika zu nutzen, um eine echte strategische Partnerschaft aufzubauen, für die die Assoziierungsabkommen mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika wichtige Bausteine sein können. Selbstverständlich muss eine enge Kooperation dabei auf die Respektierung und die politische und wirtschaftliche Unterstützung der regionalen Integration aufbauen. Große Potenziale liegen für uns vor allem in der umwelt- und energiepolitischen Zusammenarbeit, beim Schutz der Biodiversität, bei der Förderung der demokratischen Konsolidierung und der Menschenrechte. Assoziierungsabkommen sollten diese Potenziale fördern.

Ganz wichtig ist es uns jedoch, dass die Abkommen dazu beitragen, Staatlichkeit in Lateinamerika zu stärken und nicht zu zerstören. Wir haben es in manchen Ländern der Region mit privatisierten Staatsapparaten zu tun, die von den Eliten als Selbstbedienungsläden geführt werden. Ergebnis ist, dass der Subkontinent die ungerechteste Region der Welt, diejenige mit den größten Einkommensunterschieden, ist. Die Eliten dieser Länder müssen endlich Verantwortung für Armutsbekämpfung und die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit übernehmen. Dafür sind sie selbst verantwortlich. Abkommen mit der EU dürfen Anstrengungen in diese Richtung aber nicht unterminieren. Alles was nach Politik des Washingtoner Konsenses, nach „Privatisierung und Freihandel über alles“ riecht, hat heute in Lateinamerika keine politische Legitimation mehr.

- (B) **Anlage 15**

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Nanotechnologie-Bericht vorlegen (Tagesordnungspunkt 24)

Johann-Henrich Krummacher (CDU/CSU): Schön, dass heute auch die Nanotechnologie im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit steht. Da gehört sie angesichts der großen Potenziale nämlich auch hin: von der Hilfe bei der Zahnpflege bis zum Kampf gegen Krebs; von „Nano-Textilien“ mit UV-Schutz bis zu selbstreinigenden Gebädefassaden; vom „Umweltschutz im Kleinen“, beispielsweise durch leistungsfähigere Batterien, bis hin zum Umweltschutz im großen Stil, wenn etwa für den Straßenverkehr hocheffiziente Katalysatoren bereit stehen oder wenn auf den großen Schifffahrtslinien – quasi die Lebensadern unseres Wohlstandes – die Frachter durch Spezialbeschichtungen knapp 40 Prozent ihres Treibstoffes sparen.

Nichts scheint unmöglich, alles ist drin! Sich diese Möglichkeiten zu vergegenwärtigen, hilft zu verstehen, warum die Nanotechnologie von der Wissenschaft zu Recht als eine der bedeutendsten Zukunftsfelder gesehen wird.

Man kann mit Blick auf die Winzigkeit von Nanopartikeln durchaus sagen: weniger ist oft mehr! Um es – bei allem Respekt – sehr deutlich zu sagen: Auch beim

- vorliegenden Antrag wäre „weniger“ vielleicht „mehr“ gewesen! (C)

Denn dieser Antrag fordert von der Bundesregierung einen Bericht zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt hinsichtlich nanotechnologischer Produkte und Anwendungen, des Weiteren mehr Mittel für die Nanoforschung in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz sowie eventuell den Erlass von Moratorien. Insgesamt wird die Risikoforschung angeregt, auch unter Beteiligung eines breiten Spektrums von Akteuren und in Richtung einer Gesamtstrategie.

Der eigentliche Adressat des Antrags von Bündnis 90/ Die Grünen ist natürlich die frühere Bundesregierung, an der der Antragsteller selbst beteiligt war. Schon im Jahre 2004 ist ein solcher Antrag – wie gesagt: gerichtet an die damalige Bundesregierung – gestellt worden. Allerdings konnte oder wollte die Vorgängerregierung diesem Ansinnen bis zum Herbst 2005 nicht nachkommen. Die jetzige Bundesregierung hingegen hat ihrerseits – aus eigenem Antrieb und in enger Kooperation mit den Koalitionsfraktionen im Bundestag – bereits alles in die Wege geleitet, um sowohl die Chancen als auch die offenen Fragen der Nanotechnologie solide zu erfassen. Das ist dem Antragsteller eigentlich auch bekannt, aber sei's drum.

Jedenfalls: Bei der Arbeit der Bundesregierung ist die Risiko- und Sicherheitsforschung von vornherein voll integriert. Darum ist die große Ausgewogenheit auch hervorzuheben.

- Erstens: Die Bundesregierung hat letztes Jahr unter Federführung von Ministerin Dr. Annette Schavan und des BMBF einen erweiterten, ressourcenübergreifenden Aktionsrahmen vorgelegt, nämlich die „Nano-Initiative – Aktionsplan 2010“. Darin kommen die Bereiche Erforschung, Umsetzung und Verbreitung der Nanotechnologie gebündelt und ausgewogen zum Tragen. (D)

Zweitens: Das Bundesumweltministerium wiederum flankiert dies seit Anfang des Jahres mit dem sogenannten Nanodialog. Auch darin werden sowohl die Chancen als auch die noch offenen Fragen ausgewogen gestellt und beantwortet.

Drittens: Darüber hinaus soll ein Leitfaden für einen verantwortungsvollen Umgang mit Nanomaterialien erarbeitet werden. Daran beteiligt sind verschiedene Ressorts, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, Wissenschaft und Unternehmen. Der Dialog ist auf zwei Jahre – also bis 2008 – angelegt.

Viertens: Das BMBF fördert verschiedene Projekte zur Sicherheitsforschung – wie etwa NanoCare – mit 7,6 Millionen Euro.

Insgesamt ist festzuhalten: Die Bundesregierung wird den von der Vorgängerregierung versäumten Bericht Ende des Jahres und aus eigenem Antrieb vorlegen. Dabei werden auch alle Erkenntnisse einfließen, die etwa durch die genannten Gespräche und Initiativen gewonnen werden. Im Übrigen werden wesentliche Forderungen des Antrags mit eben diesen Maßnahmen bereits umgesetzt.